

[https://www.focus.de/politik/eu-gesetz-der-gen-weizen-kommt-doch-eu-vollzieht-epochenwechsel-in-der-ernaehrungspolitik\\_id\\_198899867.html](https://www.focus.de/politik/eu-gesetz-der-gen-weizen-kommt-doch-eu-vollzieht-epochenwechsel-in-der-ernaehrungspolitik_id_198899867.html)

12.7.2023

Der Gen-Weizen kommt doch! EU schwingt Ernährungs-Hammer

Epochenwechsel bei unseren Nahrungsmitteln: Die EU vollzieht eine Kehrtwende bei der Gentechnik und will sie fördern. Was im Gesetz steht, wie Pflanzen genau verändert werden sollen, und wo der Streit entsteht.

.....

Wie sollen wir also in Zukunft satt werden? Für viele Wissenschaftler und Vertreter der Chemie-Industrie ist die Antwort klar: Gentechnik.

.....Jetzt kommt Bewegung in die festgefahrene Lage. Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft deutlich erleichtern soll.

Konkret sollen Lebensmittel, die aus gentechnisch veränderten Pflanzen gewonnen wurden, in der EU ohne Kennzeichnung verkauft werden. Das gilt auch für Nahrungsmittel, die woanders in der Welt hergestellt wurden, wo die Gentechnik nicht so einen durchwachsenen Ruf hat.

„Geneditierte Pflanzen“, so heißt es im Fachjargon, sind laut der Mehrheit der Wissenschaft ideal, um den harten Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Höhere Erträge bei weniger Pestizid-Belastung, so lautet das Versprechen. In den Laboren wird dafür die DNA von Pflanzen verändert, was grundsätzlich auch auf natürlichem Weg vorkommt und zu denselben Ergebnissen führen kann.

Die Nachfragen nach genediten Pflanzen ist riesig. Es soll dann auch keine Möglichkeit für einzelne Länder mehr geben, Anbauverbote auszusprechen. Lediglich Biobauern müssen die Finger von dem Saatgut lassen, das entsprechend gekennzeichnet wird.

Jetzt lockt damit auch in der EU für Konzerne wie Bayer, aber auch die europäische Forschung bis hin zu den Bauern, ein Geschäft, das in den

USA und Japan längst groß rausgekommen ist. Von 30 Milliarden Euro Potenzial ist die Rede.

Auch [China](#) wird Gentechnik bald freigeben. Kommt das Gesetz so durch, wäre es gerade für Deutschland ein Epochenwandel. Auf unseren Feldern waren gentechnisch veränderte Pflanzen in etwa so gewünscht wie Schalke-Fahnen im Dortmunder Fanblock. Die Ampel-Regierung in Berlin wird sich mit ihrer Bewertung des EU-Gesetzes vermutlich nicht leichttun. Denn [die Grünen](#) sind gegen Gentechnik, [die FDP](#) dafür. ....

<https://www.agrarheute.com/politik/achtung-grundeigentuemmer-habeck-will-bauern-stromleitungen-aufzwingen-608862> 12.7.2023

Achtung Grundeigentümer: Habeck will Bauern Stromleitungen aufzwingen

Grundeigentümer sollen Stromleitungen und Überfahrten ohne Verhandlungen einfach dulden.

Können Sie sich vorstellen, dass Sie auf Ihrem Grundstück einfach jemand eine Stromleitung verlegt, ohne sie vorher zu fragen? Und auch die Entschädigung dafür ist bestenfalls marginal? Sicherlich nicht. Aber die Berliner Ampelkoalition schon. In einem Referentenentwurf zum Solarpaket I plant Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck unter anderem eine Duldungspflicht der Grundeigentümer für Anschlussleitungen zwischen Solar- oder Windparks und Umspannwerken.

Bauernverband spricht von „Provokation“ für Grundeigentümer

Der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken, lehnt die Duldungspflicht rigoros ab. „Wir setzen weiter auf private Verhandlungsprozesse, die sich bisher flächendeckend bewährt haben“.

Aber der Entwurf aus dem Hause Habecks enthält weitere Ungeheuerlichkeiten, Krüsken spricht sogar von einer „Provokation“ für Grundeigentümer. Er meint damit, die die vom

Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Entschädigung von 5 Prozent des Verkehrswertes.

Grundeigentümer bekommen bei Eingriffen kaum Entschädigung

Eine Duldungspflicht würde aus DBV-Sicht den Anschlussprozess nicht beschleunigen, sondern verzögern. „Wir warnen vor einer weiteren Negativ-Debatte in der Energiewende, mit der private Grundeigentümer für die Energiewende fast entschädigungslos in ihren Eigentumsrechten beschnitten werden sollen“, so der Generalsekretär. Er fordert die Bundesregierung auf, diesen unverhältnismäßigen und verfassungsrechtlich fragwürdigen Eingriff in das Eigentum zu unterlassen.

.....